

Die dramatischen Ereignisse rund um die Wilhelm-Külz-Straße in Lauchhammer zeigen wieder einmal deutlich, welche verheerenden Folgen der Grundwasserwiederanstieg nach Ende der Braunkohleförderung hier in der Region für die Menschen mit sich bringen kann.

Die ernüchternden Aussagen aus der Begutachtung der Wohnbebauung an einem Teil der Wilhelm-Külz-Straße in Lauchhammer einschl. des sich daran anschließenden Gewerbegebietes erzeugen nicht nur bei den Betroffenen Emotionen, Ratlosigkeit und Hilflosigkeit, sondern sie machen auch deutlich, dass für solche einschneidenden Ereignisse, die das Leben der Menschen so nachhaltig und dauerhaft verändern, keine der Gesamtsituation gerecht werdenden Regelungen vorhanden sind.

Die Erkenntnisse aus der Absiedlung der Bewohner der Grubenteichsiedlung in Lauchhammer vor einigen Jahren zeigen, dass man mit den Regelungen aus dem Verwaltungsabkommen, basierend auf Verkehrswertgutachten zu den baulichen Strukturen, kein wirkliches Steuerungsinstrument in der Hand hat, um den Betroffenen adäquate Lösungen anbieten zu können. Die Betroffenen fordern zu Recht, dass die von Ihnen nicht verschuldete Situation, die die Aufgabe ihrer bisherigen Existenz zur Folge hat, vollumfänglich ersetzt wird. Die Stadt Lauchhammer schließt sich diesem Ansatz bedingungslos an.

Für die gewerblich tätigen Betroffenen ist gleichermaßen Ersatz zu schaffen. Dabei geht es auch um die Aufrechterhaltung von Wertschöpfungsketten in der Stadt. Mit deutlich über 200 Beschäftigte allein an diesem Standort kann es nach unserer Überzeugung keinen anderen Blickwinkel geben.

Sehr geehrter Herr Dr. Woidke,

wir fordern die Landesregierung und die zuständigen Ministerien auf, nach Wegen zu suchen, um der besonderen dramatischen Situation hier in Lauchhammer gerecht zu werden.

Die Stadt Lauchhammer kann die offenen Fragen, vor allem die der finanziellen Belange, weder allein klären noch lösen.

Seit mehr als 25 Jahren ist bekannt, dass in Lauchhammer die Folgen des Kohlebergbaus in besonderer Weise auf die Infrastruktur der Stadt negativ einwirken. Weit über 50 % des Stadtgebietes sind davon unmittelbar betroffen.

Sperrbereiche innerhalb des Stadtgebietes und nur eingeschränkt nutzbare Freiräume für gewerbliche Ansiedlungen oder neue Wohnstandorte, negative Grundwasserbeeinflussungen auf vorhandene bauliche Strukturen, überziehen das Stadtgebiet. Die Folge war und ist, dass die Entwicklung unserer Stadt Lauchhammer mit Blick auf die Entwicklung in der Region des RWK Westlausitz deutlich hinterherhinkt.

Die zeitliche Abfolge der im Stadtgebiet notwendigen Abwehrmaßnahmen gegen den Grundwasserwiederanstieg wurde von uns immer wieder kritisiert. Die Aufstellung eines verbindlichen Gesamtkonzeptes zum vorgenannten Thema wird nach wie vor schmerzlich vermisst.